

hat beschlossen, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Angelegenheit ist daher der Finanz-Deputation A zur anderweiten Berichterstattung über die Petition zurückzugeben.

(Nr. 444.) Desgleichen über Kap. 42, 43, 47, 48 und 49 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, ausschließlich der Tit. 3a von Kap. 43 und 4a von Kap. 48, sowie über Tit. 3 und 4 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für dieselbe Finanzperiode, Departement des Innern betr.

Präsident: Zu den Akten.

(Nr. 445.) Desgleichen über das Königl. Dekret Nr. 14, den Personal- und Besoldungs-Etat der Landes-Brandversicherungsanstalt auf die Jahre 1904 und 1905 betr.

Präsident: An die Finanz-Deputation A zur Ausfertigung der Ständischen Schrift abzugeben.

(Nr. 446.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanz-Deputation A über Kap. 102 und 103 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Ministerium des Auswärtigen nebst Kanzlei, sowie Gesandtschaften betr.

Präsident: Zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 447.) Bericht der Beschwerde- und Petitions-Deputation über die Petition des Mühlenbesizers Karl August Zimmermann in Wendischpaulsdorf und Genossen um Einführung einer Betriebs- oder Umsatzsteuer für Großmühlen.

(Nr. 448.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitions-Deputation über die Petition des Oskar Adolf Engert in Bärenstein bei Annaberg um Erhöhung der ihm von der Militärbehörde gewährten Pension bezw. seiner Bezüge auf Grund des Gastpflichtgesetzes.

(Nr. 449.) Desgleichen über die Beschwerde und Petition des Friedrich Proffsch in Dresden, einen Schadenersatzanspruch wegen Verjagung der Schankerlaubnis für seinen Gasthof in Großgrabe betr.

(Nr. 450.) Desgleichen über die Petition des Gauverbandes mittelerzgebirgischer Gewerbevereine und Genossen gegen weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Präsident: Der Bericht bez. die Anträge unter den Registrandennummern 447 bis mit 450 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Wir treten in die Tagesordnung ein: „1. Schlußberatung über den mündlichen anderweiten Bericht der Finanz-Deputation A über Tit. 5 unter a von Kap. 95 B des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1904/05, Verlegung des Seminars in Dresden-Friedrichstadt betreffend.“ (Drucksache Nr. 136.)

(Vgl. M. II. R. S. 620 ff.)

Berichterstatter ist Herr Abg. Härtwig.

Ich eröffne die Debatte und gebe das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. Härtwig: Meine Herren! Sie finden im Etat Kap. 95 Abschnitt B Tit. 5 unter a eine Summe von 220,000 M. — oder 110,000 M. gemindert — für Arealerwerbung zur Verlegung des Seminars in Dresden-Friedrichstadt eingestellt. Über diese Angelegenheit hat die Finanz-Deputation A bereits in der Drucksache Nr. 72 ausführlichen Bericht erstattet, und ich kann mich zunächst in der Hauptsache darauf beziehen. Ich will nur einiges wenige aus jenem Berichte hervorheben.

Das Seminar Dresden-Friedrichstadt entspricht schon seit einer langen Reihe von Jahren in räumlicher Beziehung nicht mehr den Bedürfnissen, die man heutzutage an ein Seminar stellt, und schon mehr als 20 Jahre ist die Frage wegen Verlegung dieser Anstalt ventilirt worden. Die Finanz-Deputation A hat im letzten Landtage bereits die Notwendigkeit der Verlegung dieser Anstalt ausdrücklich anerkannt, indem sie seinerzeit ablehnte, eine Einstellung für Erweiterungsbauten jener Anstalt in den Etat zu befürworten. Im Berichte war nun vorgeschlagen, die Einstellung von 220,000 M. zu bewilligen. Die 220,000 M. bilden den Kaufpreis für eine 14,600 qm große Baustelle. Dabei ist das Quadratmeter mit 15 M. in Anrechnung gebracht. Außerdem ist in dem Berichte hervorgehoben, daß für Straßenherstellungen u. ungefähr noch 80,000 M. zu bezahlen sein werden, und überdies hat sich die Verkäuferin — das ist die Stadtgemeinde Dresden — das Recht vorbehalten, noch weitere 108,000 M. für das Areal zu fordern, das zur Straßen- und Platzherstellung gebraucht wird, für den Fall, daß künftig jene Baustelle nicht mehr zu Seminarzwecken verwendet wird. Die Finanz-Deputation hatte sich vollständig auf den Boden der Vorlage gestellt, hatte erneut anerkannt, daß die Verlegung des Seminars notwendig sei, und hatte auch die Forderung der Stadt Dresden als nicht unbillig anerkannt.

Bei der Verhandlung in der Kammer am 4. Februar wurde nun trotz des einstimmigen Beschlusses der 15 Mitglieder umfassenden Finanz-Deputation A die lebhafteste Opposition gegen die Bewilligung laut. Es wurden von verschiedenen Seiten die verschiedensten Einwendungen erhoben. Insbesondere wurde betont, daß es überhaupt nicht notwendig sei, etwas an dem Seminar zu bauen; es könnte ganz ruhig als solches so, wie es ist, beibehalten werden. Von anderer Seite wurde hervor-